

„Regierungsprogramm“ für die Gesundheitsversorgung

Österreichische Ärztekammer legt Reformpläne vor.

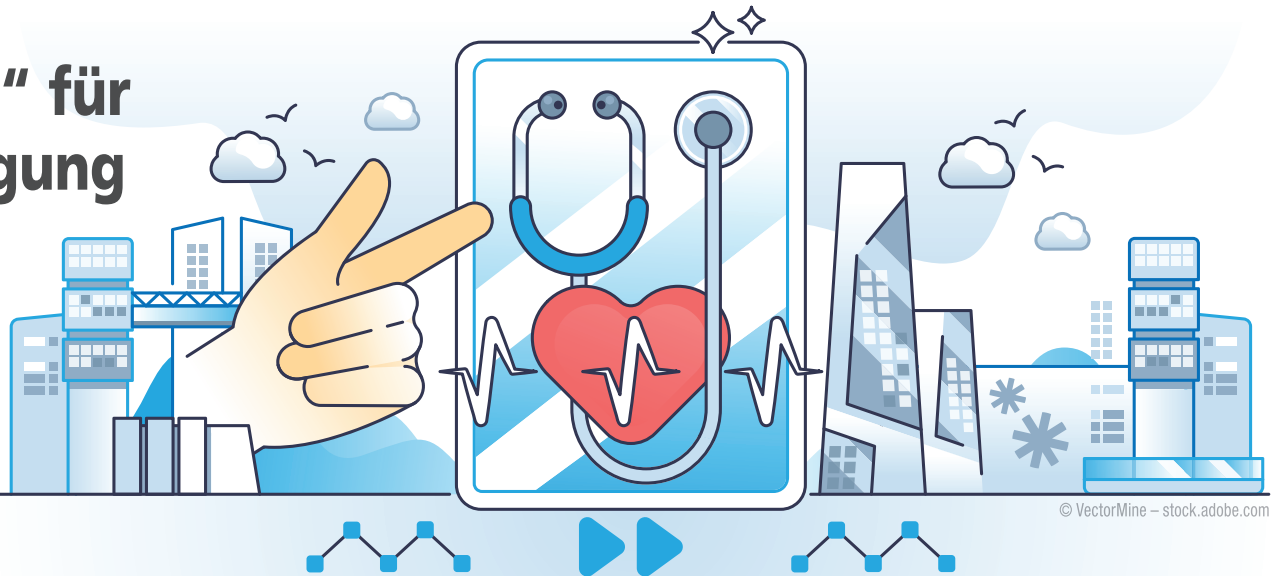
WIEN – Die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) hat zentrale Forderungen für die zukünftige Gesundheitsversorgung präsentiert. Präsident Johannes Steinhart betonte bei einer Pressekonferenz Anfang August, dass Ärzte durch ihre täglichen Patientenkontakte genau wissen, welche Reformen notwendig sind. Die Ärztekammer fordert einen Leitfaden, um das Gesundheitssystem nachhaltig zu verbessern und zu sichern.

Stärkung der Gesundheitskompetenz und Prävention

Ein Hauptanliegen der ÖÄK ist die Verbesserung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung, insbesondere durch ein neues Schulfach „Gesundheitsbildung“. Dieses Fach soll bereits im Volksschulalter eingeführt werden, um frühzeitig gesundheitsbewusstes Verhalten zu fördern. Steinhart verwies auf das erfolgreiche Projekt „Med4School“, das Schülern spielerisch Gesundheitswissen vermittelt und hohe Anerkennung erhalten hat. Zusätzlich wird vorgeschlagen, die e-card zu einer digitalen Gesundheitsvorsorgekarte weiterzuentwickeln und ein bundesweites Gesundheitsvorsorgeprogramm einzuführen, das an die Bedürfnisse aller Altersgruppen angepasst ist.

Arbeitsbedingungen verbessern und Konzernisierung vermeiden

Steinhart wies darauf hin, dass die Ärzteschaft sich gegen Maßnahmen wehren wird, die den Arztberuf gefährden könnten, wie etwa



Verbot von Nebenbeschäftigungen oder Zwangsverpflichtungen für Medizinstudenten. Stattdessen sollten die Arbeitsbedingungen für Ärzte und andere Gesundheitsberufe verbessert werden. Die ÖÄK lehnt auch eine profitorientierte Konzernisierung der medizinischen Versorgung ab und fordert, dass Ärzte ihre Patienten ausschließlich nach medizinischen Kriterien behandeln können.

Lenkung der Patientenströme und Verbesserung der Vorsorge

Ein weiterer Fokus liegt auf der Lenkung der Patientenströme, um die Spitäler zu entlasten. Die ÖÄK unterstützt das Modell „digital vor stationär“ und einen Ausbau telemedizinischer Angebote. Außerdem wird eine Verdopplung der Vorsorgeuntersuchungen

angestrebt, um Prävention weiter zu fördern. Der neue „lebenslange Gesundheitspass“ soll alle Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen umfassen, um die Vorsorgequote zu steigern, insbesondere bei Darmkrebs, wo Prävention bereits große Erfolge zeigt.

Zusammenfassung und Ausblick

Abschließend erklärte Steinhart, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen einen bedeutenden Fortschritt für die Absicherung des Gesundheitssystems darstellen würde. Die ÖÄK ist zur konstruktiven Zusammenarbeit mit den politischen Entscheidungsträgern bereit, um diese Ziele zu realisieren. [DT](#)

Quelle: Österreichische Ärztekammer



Zahnmedizin an Tiroler Unis

61 Prozent der Studenten nicht aus Österreich.

INNSBRUCK – Rund 303.000 Studierende absolvieren derzeit ein Studium an einer der österreichischen Universitäten.

Der Anteil der internationalen Studenten beträgt 25 Prozent. Der größte Teil davon stammt aus Deutschland mit 42,2 Prozent, knapp 25 Prozent kommen aus EU-Drittstaaten.

Wie eine vorliegende Auswertung von Wissenschaftsminister Martin Polaschek (ÖVP) ergibt, ist der Anteil internationaler Studierender an den beiden Innsbrucker Unis österreichweit überproportional am höchsten.

An der Universität Innsbruck haben 51 Prozent keine österreichische Staatsbürgerschaft, an der Medizinischen Universität 47 Prozent.

Quote bei Medizinstudium

Für das Medizinstudium gilt in Österreich eine Quotenregelung, an der Med-Uni Innsbruck sind 285 von 380 Plätze Österreichern bzw. Studenten mit einem gleichgestellten Reifezeugnis (Südtiroler/Luxemburger) vorbehalten. Abseits der heimischen Kunstuniversitäten weisen die Leopold Franzens Universität und die Med-Uni Innsbruck insgesamt den mit Abstand höchsten Anteil von ausländischen Studenten aller österreichischen Hochschulen auf. An der Stamm-Uni sind es 51 Prozent, an der Med-Uni 47 Prozent. Zum Vergleich: Uni Wien 33,2 Prozent, Uni Graz 16,9 Prozent und Uni Salzburg 32,7 Prozent.

Extrem bei Zahnmedizin

Beim Studium der Zahnmedizin, bei dem es im Gegensatz zum allgemeinen Medizinstudium keine Quotenregelung gibt, wird es kritisch. Schließlich fehlen in Tirol rund 50 Zahnärzte. Von den 256 angehenden Zahnärzten haben aber nur 100 (rund 39 Prozent) eine österreichische Staatsbürgerschaft. 119 kommen aus Deutschland, 25 aus Italien bzw. Südtirol und zwei aus Luxemburg.

Das wirkt sich bereits auf die Versorgung aus. Denn allein in Tirol sind rund 50 Zahnarztstellen unbesetzt.

Gesundheits-Landesrätin Cornelia Hagele (VP) fordert deshalb die Wiedereinführung der Quotenregelung auch für die Zahnmedizin. Minister Polaschek verweist auf Gespräche in der EU. Dort setze er sich für zwei Lösungsansätze ein. „Einerseits für die Einführung eines EU-weit akzeptierten Herkunftslandprinzips und zum anderen für die EU-weite Festlegung Mindeststudienplätzen je Mitgliedsstaat“, wie er betont.

Das alles bisher allerdings erfolglos. [DT](#)

Quelle: Tiroler Tageszeitung
Autor: Mag. Peter Nindler

Wiener Ärzteschaft

71 Prozent erwägen Kündigung bei Nebenjobverbot.

WIEN – Eine Umfrage der Ärztekammer für Wien zeigt alarmierende Ergebnisse: 71 Prozent der befragten Wiener Spitalsärzte würden bei einem Verbot von Nebenjobs kündigen.* Von den 1.727 teilnehmenden Ärzten äußerten sich 998 eindeutig zu der Frage, wie sie auf ein solches Verbot reagieren würden. Nur 29 Prozent gaben an, trotz eines Nebenbeschäftigungsverbots im Spital zu bleiben.

Für Ärztekammerpräsident Johannes Steinhart und Vizepräsidentin Natalja Haninger-Vacariu ist dies ein klares Signal, solche Pläne endgültig zu verwerfen. Steinhart betont: „Eine Beschränkung des freien Arztberufs ist inakzeptabel. Stattdessen müssen die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen dringend verbessert werden, um Abwanderungen zu stoppen und die Patientensicherheit zu gewährleisten.“

Haninger-Vacariu sieht in der Umfrage ein deutliches Warnzeichen: „Das diskutierte Verbot zielt darauf ab, die Verantwortung für Probleme in den Spitälern auf die Ärzte abzuwälzen. Ärzte-Bashing hilft niemandem und verschärft nur die Abwanderungsgedanken. Angesichts des bestehenden Personalmangels und der langen OP-Wartezeiten kann sich Wien das nicht leisten. Viele Kolleginnen und Kollegen sind erschöpft und fordern konstruktive Lösungen. Verbotspolitik wird den Personalmangel nicht beheben, sondern nur Anreize, wie moderne Karenzmodelle und Betreuungseinrichtungen.“

Die Umfrageergebnisse verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf, um die Gesundheitsversorgung in Wien sicherzustellen. [DT](#)

* Ergebnis der Deklarierenden, sprich 998 von 1.727 insgesamt Befragten (der Rest machte keine Angabe zur o.g. Frage).

Quellen: ZWP online/Ärztekammer für Wien





Entwickelt,
um die Zähne
nicht zu
verfärben



Bekämpft die Ursache von Zahnfleischbluten und -entzündungen¹

Klinisch bestätigt:

Schnelle antibakterielle Wirkung² und lang anhaltender Schutz³

12x
stärkere
Plaquereduktion²

9 von 10
Patient:innen bestätigen
weniger
Zahnfleischbluten⁴

1 Bekämpft bakterielle Plaque, bevor Zahnfleischbluten entsteht, bei regelmäßiger Anwendung. 2 mit meridol® Zahnfleischschutz Zahnpasta, im Vergleich zu einer herkömmlichen Zahnpasta mit 1450 ppm Fluorid (NaF/NaMFP) nach 6-monatiger Anwendung des Produkts. Triratana, August 2022. 3 Bekämpft Plaquebakterien, „schnell“ in Labortests bestätigt, „lang anhaltend“ bei regelmäßiger Anwendung. 4 Ipsos | meridol Patient Experience Programm (2023) mit 132 Patient:innen, 2 Wochen mit 2x täglicher Anwendung. Unabhängig rekrutiert von Zahnärzt:innen. Deutschland 2023.



Überzeugen Sie sich selbst!
meridol® Formel - sanft zum
Zahnfleisch

meridol®

PROFESSIONAL
— ORAL HEALTH —